

Intergouvernementalismus und Supranationalität als kommunizierende Grundmuster europäischer Integration

- Zusammenfassung der von Maximilian Eitelbuß bei der Bucerius Law School vorgelegten Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors des Rechts -

Auch ein Jahrzehnt nach Ausbruch der Staatsverschuldungskrise in der Europäischen Union dauert die rechtspolitische Fortentwicklung des gemeinsamen Rechtsrahmens der Euro-Mitgliedstaaten an. Maßgebend beeinflusst wird dieser Prozess nicht zuletzt durch die rechtliche und rechtswissenschaftliche Aufarbeitung der zurückliegenden Reaktionen auf die sogenannte Eurokrise. Ins Blickfeld der juristischen Auseinandersetzung geriet dabei immer wieder der im Angesicht der Krise offenbarte Intergouvernementalismus: mitgliedstaatliche Initiativen außerhalb der bestehenden unionalen Strukturen unter Rückgriff auf die Aushandlung völkerrechtlicher Verträge. Die Manifestationen dieses Eurokrise-Intergouvernementalismus, die zugleich den Untersuchungsgegenstand der Arbeit bilden, sind der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der den ESM mit vornehmlich haushaltspolitischen Vorgaben flankierende Fiskalvertrag sowie ein Übereinkommen zur Übertragung von Finanzmitteln auf den europäischen Abwicklungsfonds der Bankenunion (IGA). Wenngleich der intergouvernementale Pragmatismus einen erheblichen Anteil an der ökonomischen Abmilderung der Krise haben dürfte, wird doch allenthalben ein Störgefühl geäußert. Denn der Intergouvernementalismus mag mit der überkommenen europäischen Integrationsidee der Supranationalität prima facie nicht harmonieren.

Die Arbeit bricht den zwischen den begrifflichen Gegensätzen angelegten Konflikt auf und zergliedert die gegenseitigen rechtlichen Strukturmerkmale, um auf diese Weise Analyseinstrumente zur Verfügung zu stellen. Bei einem Blick auf die Integrationsgeschichte der EU offenbart sich zudem, dass intergouvernementale Phänomene keinesfalls eine neuartige Erscheinung sind. Vielmehr lässt sich der Historie ein fortwährendes Zusammenspiel intergouvernementaler und supranationaler Muster entnehmen, wenngleich die europäische Integration insgesamt einem supranationalen Ideal entgegenzustreben scheint. Eine Analyse zeigt zugleich, dass die europäische Staatsverschuldungskrise eigentlich in Abkehr von bislang weitgehend intergouvernementalen Strukturen in der Wirtschafts- und Währungsunion nach supranationalen Gestaltungen verlangte. Die Arbeit wirft schließlich die Frage auf, welche Antworten der Eurokrise-Intergouvernementalismus bei dieser Ausgangslage fand und welche Bedeutung das Phänomen für den zukünftigen Stellenwert der supranationalen Integration hat.

Die ausführliche Untersuchung der intergouvernemental veranlassten Arrangements zeigt sodann, dass die handelnden Mitgliedstaaten keineswegs intergouvernementale Strukturen erschufen, wo zuvor Supranationalität herrschte. Zudem lässt sich auch auf einer anderen Ebene keine Abkehr von der Supranationalität feststellen, denn der Intergouvernementalismus führte zu verschiedenartig ausgeformtem Zuwachs von struktureller Supranationalität. Die Arbeit geht sodann auf das bereits vorgezeichnete Zusammenspiel zwischen intergouvernementalen und supranationalen Mustern ein. Aufgezeigt werden unter besonderer Berücksichtigung der EuGH-Rechtsprechung in der Sache „Pringle“ die Freiräume und Grenzen, welche die supranationale Rechtsordnung für intergouvernemental-völkerrechtlich agierende Mitgliedstaaten vorsieht. Daneben geht die Untersuchung darauf ein, in welchem Umfang und mit welcher denkbaren Motivation die Mitgliedstaaten freiwillig zu supranationalen Strukturen griffen. Abschließend wird ein Ausblick auf vorgeschlagene Fortentwicklungen der Wirtschafts- und Währungsunion angestrengt – insbesondere im Hinblick auf die Integration des Eurokrisen-Intergouvernementalismus in die supranationale Unionsrechtsordnung. Im Ergebnis plädiert die Arbeit dafür, intergouvernementale Integration eher als Chance, denn als integrationspolitischen Rückschritt zu werten.
